



Sabine Poschmann, MdB

Stellvertretende wirtschafts- energiepolitische Sprecherin
Beauftragte für den Mittelstand und das Handwerk
der SPD-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 78494

Fax 030 227 – 76496

E-Mail: sabine.poschmann@bundestag.de

10. Mai 2017

PRESSEMITTEILUNG

Ungleichheit schadet Gesellschaft und Wirtschaft

Unter dem Motto „Wirtschaftlicher Erfolg & soziale Gerechtigkeit – zwei Seiten einer Medaille“ diskutierte die Dortmunder SPD-Bundestagsabgeordnete Sabine Poschmann mit dem stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Hubertus Heil und Prof. Gustav A. Horn von der Hans-Böckler-Stiftung am Dienstagabend in Dortmund. Poschmann warnte vor einem Schaden für Gesellschaft und Wirtschaft durch eine zunehmend ungerechte Verteilung von Einkommen und Wohlstand. „Viele Menschen mit geringem Einkommen fühlen sich abgehängt. Die gute Entwicklung in unserem Land geht an ihnen vorbei. Da müssen wir stärker gegensteuern“, betonte Poschmann, stellvertretende wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Mit einem Pakt für gute Arbeit will die SPD daher Arbeitgeber und Arbeitnehmer an einen Tisch bringen, um gemeinsam über angemessene Tariflöhne und ein stabiles Wachstum zu verhandeln. Poschmann und Heil betonten in dem Zusammenhang auch die Bedeutung des Mindestlohnes: Mit ihm sei ein Schlussstrich unter einen ruinösen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne gezogen worden. Es sei weiter notwendig, Leiharbeit und Werkverträge stärker zu begrenzen. Diese Instrumente sollen der Wirtschaft in bestimmten Situationen auch weiter zur Verfügung stehen, etwa bei Auftragsschwankungen. Gleichzeitig müsse aber ausgeschlossen werden, dass Leiharbeit und Werkverträge als Hebel zur Senkung der Lohnkosten missbraucht würden, warnt Poschmann.

„Ungleichheit wirkt sich auch negativ auf das Wirtschaftswachstum aus. Deshalb muss es im Interesse der Unternehmen selbst sein, hier aktiv zu werden“, unterstrich Poschmann. „Wenn Vorstandsgehälter 50-mal höher sind als der Durchschnittsverdienst der Angestellten, müssen wir uns zu Recht fragen, ob das gerechtfertigt ist“, so die Mittelstandsbeauftragte der SPD-Fraktion. Es könne nicht angehen, dass Managergehälter durch steuerliche Erleichterungen auch noch von der Allgemeinheit mitfinanziert würden.

Zahlreiche Bürger und Unternehmer waren der Einladung der Bundestagsabgeordneten gefolgt und beteiligten sich an der Diskussion.